

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Mag. Christian Ragger
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Einrichtung eines Inklusionsfonds**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 2: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 102/A(E) der Abgeordneten Ralph Schallmeiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend eines Berichtes zur gesundheitlichen Situation und Versorgung von Menschen mit Behinderungen in Österreich (42 d.B.) in der 13. Sitzung des Nationalrates am 26. März 2025.

Die zentrale Forderung des Behindertenrats nach Einrichtung eines Inklusionsfonds¹ ist nach wie vor nicht umgesetzt. Bereits in der ersten Runde der Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS wurde dieses Anliegen nicht nur von der FPÖ, sondern auch vom Behindertenverband sowie der Diakonie Österreich erneut aufgegriffen und deutlich kritisiert. Ausschlaggebend dafür ist das weiterhin fehlende klare und gemeinsame Bekenntnis der damals verhandelnden und heute regierenden Koalitionsparteien zu dieser essenziellen Maßnahme. Bis heute hat die Bundesregierung keinen politischen Willen erkennen lassen, den Inklusionsfonds umzusetzen – dabei ist dessen rasche Realisierung dringend geboten.

Am 18.11.2024 hat der Behindertenverband folgende Aussendung über APA/OTS geschaltet:

Der KOBV fordert für Koalitionsgespräche: Inklusion und De-Institutionalisierung als gesellschaftliche Investition anerkennen

Der Behindertenverband ruft ÖVP, SPÖ und Neos dazu auf, ihre Behindertenpolitik-Forderungen aus den Wahlprogrammen in den Sondierungsgesprächen nicht dem Budgetdefizit zu opfern.

Wien (OTS) - Die laufenden Sondierungsgespräche zwischen ÖVP, SPÖ und Neos bieten die Chance, dringend erforderliche Maßnahmen zur Inklusion und De-Institutionalisierung endlich in den politischen Fokus zu rücken. Der KOBV Österreich begrüßt die Übernahme einiger Forderungen des Behindertenverbandes in den Programmen der politischen Parteien und drängt nun auf ein klares Bekenntnis zu deren Umsetzung - trotz des aktuellen Budgetdefizits von 4,1 %.

Für Menschen mit Behinderungen ist die Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen sowie die De-Institutionalisierung - also der Übergang von der institutionellen Betreuung hin zu einem selbstbestimmten Leben in der Gemeinschaft - essenziell zur Wahrung ihrer Menschenrechte. Die Programme von SPÖ und Neos setzen hier klare Akzente. So fordert die SPÖ in ihrem Wahlprogramm einen Inklusionsfonds und eine bundesweite Strategie für Inklusion in der Bildung, während die Neos für

¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230918_OTS0006/finanzausgleichverhandlungen-behindertenrat-fordert-einrichtung-eines-inklusionsfonds

Maßnahmen zur Inklusion im Arbeitsmarkt und dem Ausbau der Barrierefreiheit eintreten.

„Eine künftige Regierung muss die Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen und entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen“, betont KOBV-Präsident Franz Groschan. Die finanzpolitische Herausforderung darf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht erneut ausbremsen. „Die Mittel, die für die Inklusion und die Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen bereitgestellt werden, sind Investitionen in eine gerechtere und sozial nachhaltigere Gesellschaft“, so Groschan.

Der KOBV ruft daher die Politik - und insbesondere die sondierenden Parteien ÖVP, SPÖ und Neos - auf, sich in den Koalitionsgesprächen unmissverständlich zur Inklusion und De-Institutionalisierung zu bekennen und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele festzulegen.²

Die FPÖ pocht weiterhin auf die Umsetzung dieser wichtigen Forderungen des Behindertenrats, wie der Behindertensprecher NAbg. Mag. Christian Ragger am 03.12.2024 via APA/OTS festgehalten hat:

FPÖ – Ragger: „Für Inklusion braucht es endlich eine Regierung, die anpackt!“

Ragger fordert Handlungsfähigkeit zum Tag der Menschen mit Behinderung

Wien (OTS) - Anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen forderte der freiheitliche Behindertensprecher NAbg. Mag. Christian Ragger umgehend konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung und Inklusion. „Jeder Tag, an dem die Verliererparteien - ÖVP, SPÖ und NEOS - in ideologischen Grabenkämpfen im Koalitionspoker verharren, vergeuden sie wichtige Chancen, um die Bevölkerung zu entlasten, die Wirtschaft zu retten und insbesondere die Rechte von Menschen mit Behinderungen voranzutreiben. Der Stillstand und die politische Blockade, die hierzulande herrschen, sind unerträglich. Die Freiheitlichen als konstruktive Kraft werden aus Rason des Machterhalts übergangen“, kritisierte Ragger scharf.

Besonders bemängelte Ragger die ausbleibende Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. „Während wir tagtäglich erleben, wie akribisch die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention für jene durchgesetzt werden, die teils legal, teils illegal ins Land kommen, werden österreichische Staatsbürger - vor allem Menschen mit Behinderungen - nach wie vor im Stich gelassen. Diese Zuwanderung in unsere soziale Hängematte kostet den Steuerzahlern Milliarden Euro. Gleichzeitig bleiben Menschen mit Behinderungen Bittsteller. Das ist untragbar. Es braucht endlich eine Regierung, die sich klar und entschlossen zur Inklusion bekennt“, forderte Ragger.

² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241118_OTS0017/der-kobv-fordert-fuer-koalitionsgespraechen-inklusion-und-de-institutionalisierung-als-gesellschaftliche-investition-anerkennen

Schubumkehr nur mit den Freiheitlichen

Ragger sieht eine echte Wende nur mit der FPÖ als möglich. „Die Bevölkerung hat wenig Vertrauen in die Erfolgsaussichten einer Dreierkoalition. Dringend notwendige Reformen, wie die Persönliche Assistenz in Schule und Beruf, die Abschaffung des Taschengeldsystems sowie kreative und zukunftsorientierte Lösungen in den Bereichen Barrierefreiheit und Wohnen, werden ausbleiben. Bereits beim Finanzausgleich wurden Chancen verspielt, etwa durch die Ablehnung eines Inklusionsfonds in der Höhe von 500 Millionen Euro jährlich. Eine solche Untätigkeit ist schlichtweg verantwortungslos“, erklärte Ragger.³

Die Diakonie Österreich erläuterte ebenso die Forderung am 30.12.2024 in einer Presseaussendung:

Diakonie zum neuen Jahr: investieren in Hilfe, die Selbständigkeit stärkt

Appell an Regierungsverhandler:innen: Spart nicht an der falschen Stelle! Wien (OTS) - "Investitionen in jene Leistungen, die die Selbsterhaltungsfähigkeit von Menschen in schwierigen Lebenslagen fördern" - diesen Neujahrswunsch an die Politik formuliert Maria Katharina Moser, Direktorin der Diakonie Österreich.

[...]

Inklusion für Menschen mit Behinderungen:

Die Diakonie fordert einen Inklusionsfonds, der es ermöglicht, dass Menschen mit Behinderungen nicht als „arbeitsunfähig“ eingestuft werden, sondern ihren Beitrag am Arbeitsmarkt leisten und trotzdem dringend benötigte Sozialleistungen beziehen können. Denn jeder und jede möchte arbeiten dürfen und dafür ein Gehalt und Anerkennung bekommen. Österreich hat 2008 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet, es ist hoch an der Zeit, 2025 die Forderung „Lohn statt Taschengeld“ umzusetzen.⁴

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

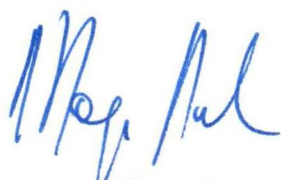
Der Nationalrat wolle beschließen:

³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241203_OTS0133/fpoe-ragger-fuer-inklusion-braucht-es-endlich-eine-regierung-die-anpackt

⁴ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241230_OTS0028/diakonie-zum-neuen-jahr-investieren-in-hilfe-die-selbstaendigkeit-staerkt

„Die Bundesministerin für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, einen Inklusionsfonds für mehr Teilhabe und -nahme von Menschen mit Behinderungen einzurichten, der folgenden Anforderungen entspricht:

1. Der Inklusionsfonds soll ab dem Jahr 2025 mit mindestens 500 Millionen Euro jährlich ausgestattet sein.
2. Der Inklusionsfonds soll eine unbürokratische und vereinfachte Handhabe für die Gewährung und direkte Auszahlung von finanziellen Mitteln bieten.
3. Der Inklusionsfonds umfasst im Besonderen Leistungen der Persönlichen Assistenz im Bereich von Schule und Beruf.“


(BECHAKOWITSCH)


(RAGGER)


(DARMANN)


(CSPE 1)


(Schandor)

